

# UOKG

UNION DER OPFERVERBÄNDE  
KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

**Vorstand:**

Vorsitzender: Rainer Wagner  
Stellvertretende Vorsitzende:  
Lothar Scholz, Dr. Klaus Zöllig  
Ehrevorsitzende:  
Gerhard Finn, Horst Schüler

**Geschäftsstelle:**

Ruschestraße 103, Haus 1  
D-10365 Berlin  
Tel: (030) 557793-51/-54  
Fax: (030) 55779340  
info@uokg.de  
www.uokg.de

## PRESSEMITTEILUNG

### **Opferverbände verurteilen Kampagne gegen Erika Steinbach und würdigen ihre Verdienste**

Mit Empörung haben die im Dachverband UOKG vereinten Opferorganisationen kommunistischer Gewaltherrschaft die über Wochen währende Kampagne gegen die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach verfolgt. Als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen war Frau Steinbach vom BdV für den Stiftungsrat des „Zentrums gegen Vertreibungen“ nominiert worden. Aus uns unerklärlichen Gründen wurde sie seitdem von polnischen Regierungsmitgliedern und Politikern sowie in polnischen Medien mit Vorwürfen konfrontiert, die durch nichts gerechtfertigt sind. U. a. wurde sie sogar mit dem Holocaust-Leugner Richard Williamson verglichen. Diese Kampagne, vor allem aber um das geplante Zentrum für Vertreibungen nicht zu gefährden, hat Frau Steinbach veranlasst, auf ihre Nominierung für den Stiftungsrat zu verzichten. Das verdient unser aller Respekt.

Frau Steinbach, die seit mehr als zehn Jahren Präsidentin des Bundes der Vertriebenen ist, hat sich gerade in dieser Funktion große Verdienste erworben. Sie hat dafür gesorgt, dass radikales Gedankengut unter den vielen Millionen Menschen, die durch die Vertreibung aus ihrer Heimat mehr als alle anderen Deutschen unter den Folgen des von den Nazis geführten verbrecherischen Krieges leiden mussten, keinen Platz hat. Sie ist auch stets dafür eingetreten, dass das von ihr angeregte „Zentrum gegen Vertreibungen“ aller Menschen in der Welt gedenken soll, die durch Kriege und Terror ihre Heimat verlassen mussten. Es wäre deshalb zu erwarten gewesen, dass die deutsche Regierung, der Bundestag und die Vertreter der demokratischen Parteien sich geschlossen vor Frau Steinbach gestellt und die in Polen entstandene Kampagne zurückgewiesen hätten. Es erfüllt uns mit Bestürzung, dass dies nicht geschah. Stattdessen fand die Kampagne unter deutschen Politikern sogar Unterstützer.

Die in der UOKG vereinten ehemaligen politischen Gefangenen und Repressierten des Kommunismus weisen in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male darauf hin, dass sie sich gegen jeden wenden werden, der – in welcher Form auch immer - die Verbrechen der Nationalsozialisten wie auch die anderer politischen Unrechtsstaaten verteidigt oder leugnet. Gerade das jedoch verpflichtet uns auch, Menschen und Organisationen zu verteidigen, die ungerecht solchen Vorwürfen ausgesetzt sind, obwohl ihr Eintreten für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keinen Zweifel duldet.

gez.

Horst Schüler  
Ehrevorsitzender